



Aufbruch Bonn: Wegweiser für eine neue Politik der Solidarität

Stand: Dezember 2020





Aufbruch Bonn:

Wegweiser für eine neue Politik der Solidarität

Die Ergebnisse der Stadtrats- und OB-Wahlen 2020 machen in Bonn eine Neuausrichtung der Politik auf Gemeinwohl und Gerechtigkeit möglich. Seit der Gründung der Bundesrepublik gab es in Bonn keine progressivere Konstellation in der Stadtpolitik als jetzt. Im Stadtrat ist eine Koalition des Aufbruchs möglich, die gemeinsam mit einer mutigen Oberbürgermeisterin echte Veränderungen in unserer Stadt umzusetzen kann. Stadtpolitische Initiativen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen und außerparlamentarische Organisationen engagieren sich seit Jahren und Jahrzehnten in Bonn für diesen Wandel. Ihre Aufbauarbeit machte den Wahlsieg des progressiven Lagers möglich. In der Zivilgesellschaft herrschen Euphorie und Elan, das Potential der politischen Lage voll auszuschöpfen. Gemeinsam und auf Augenhöhe können wir jetzt die kommunale Politik Bonns demokratisch erneuern.

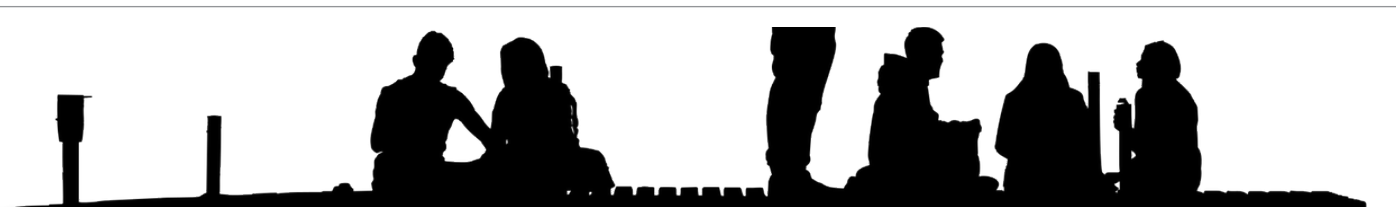
Die Unterzeichnenden halten in diesem Sinne die folgenden Mindestanforderungen für zentrale Wegweiser einer neuen Politik der Solidarität in unserer Stadt:

Politische Kultur

Die Stadt muss Strukturen und Stellen schaffen, um Kommunikation, Mitwirkung und Einflussnahme der Stadtgesellschaft in Richtung Politik zu ermöglichen und beidseitigen Austausch zu fördern. Eine politische Kultur der Offenheit und Partizipation muss auf allen Ebenen der Stadtpolitik wirken. Anstatt kaputt gespart zu werden müssen sich die Stadt und die Verwaltung personell und infrastrukturell wieder handlungsfähig aufstellen.

Stadt- und Kulturpolitik

Bonn braucht Räume, in denen sich Gruppen, Initiativen und einzelne Personen ausdrücken, kreativ sein und die Gesellschaft mitgestalten können. Die Alte VHS ist solch ein wichtiger Ort in unserer Stadt und muss in einem neuen Gebäude erhalten bleiben! Wir fordern, dass die Verwaltung der Stadt Bonn ihrem Ratsbeschluss nachkommt und der Alten VHS eine geeignete, innenstadtnahe Alternative zur Verfügung stellt, die das größtmögliche Äquivalent zu der jetzigen Nutzung der ehemaligen VHS darstellt. Die Alte VHS und die gesamte Kulturszene Bonns sind durch die Coronapandemie schwer getroffen und auf städtische Unterstützung angewiesen.



Wohn- und Mietpolitik

Wohnen ist ein Menschenrecht, doch in Bonn fehlt massiv bezahlbarer Wohnraum. Verdrängung und Zwangsräumungen müssen ein Ende finden und Personen ohne festen Wohnsitz mit einem solchen ausgestattet werden. Wohnraum in Bonn muss rekommunalisiert und die städtischen Wohnunternehmen demokratisiert werden. Die schon beschlossene Stadtentwicklungsgesellschaft muss hierfür zügig gegründet werden. Mit einer aktiven und gemeinwohlorientierten Flächenpolitik kann die Stadt die Schaffung von preisgebundenem Wohnraum fördern und gleichzeitig genossenschaftliche, intergenerationelle, selbstverwaltete und sozial-ökologische Wohnprojekte unterstützen. Am Wohnpark II in Vilich-Müldorf und dem Gelände der Alten Stadtgärtnerei in Dransdorf müssen Bebauungspläne und Ausschreibungen verbessern werden. Gemäß dem Bürgerbegehren für mehr Wohnraum im Bundesviertel müssen in den dortigen Neubauten mindestens 75 % Wohnraum, davon die Hälfte öffentlich gefördert, entstehen. Dabei sollten kommunale Grundstücke und Objekte grundsätzlich nicht mehr nach Höchstgebot verkauft, sondern nach Konzeptverfahren und ausschließlich durch Erbbaurecht vergeben werden.

Klimaschutz

Bonn kann als Standort des UN-Klimasekretariats ein internationales Vorbild zur sozial gerechten Einhaltung des 1,5°-Limits werden. Bonn4Future ist ein ermutigender und wesentlicher Schritt auf diesem Weg. Der im Mai 2020 gefasste Ratsbeschluss zur Klimaneutralität 2035 darf nicht auf die städtischen Unternehmen begrenzt werden, sondern muss für die gesamte Stadt Bonn gelten. Für die zielsichere Umsetzung ist die zügige Entwicklung einer zeitgebundenen, konkreten Strategie für 100% erneuerbare Energien in allen Sektoren sowie hoher Gebäudeenergieeffizienz in Bestand und Neubau erforderlich. Die schnellstmögliche Beendigung der SWB-Beteiligung am Kohlekraftwerk Lünen und dem fossilen Gaskraftwerk Hamm und den Entzug aller städtischen Finanzen aus fossilen Projekten (Divestment) sollte angesichts der sich verschärfenden Klimakrise selbstverständlich sein. Die Einrichtung eines eigenen Dezernats für Klima & Energie schafft die notwendigen personellen Ressourcen und macht die hohe Priorität der erforderlichen Umsetzungsschritte auch innerhalb der Verwaltung deutlich.

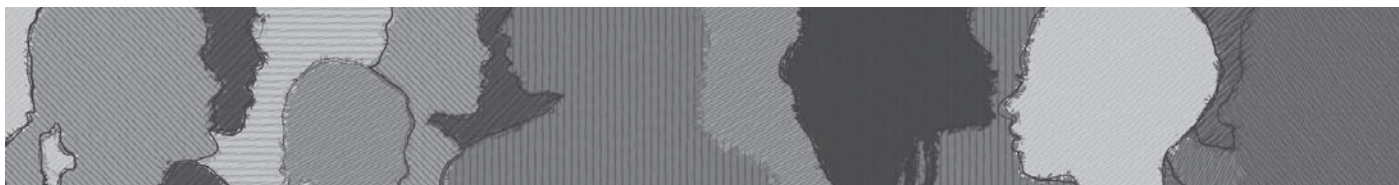


Verkehr

Um eine lebenswertere, gesündere, klimagerechte und sicherere Stadt zu werden braucht Bonn eine grundlegende Mobilitätswende. Die zügige und konsequente Umsetzung des Bonner Radentscheids mit dem Aufbau eines durchgängigen Radwegenetzes, neuen Geh- und Radwegen, und mehr Fahrradstellplätzen ist dafür zwingend erforderlich. Darüber hinaus ist ein massiver Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in der Stadt und dem Umland bei Verbesserung der dortigen Arbeitsbedingungen und eine Förderung von Fußgänger*innen durch durchgängige und breitere Gehwege ohne Parknutzung durch Autos nötig. Die überbordenden Privilegien des motorisierten Individualverkehrs müssen beschnitten werden, indem öffentlichen Parkplätze stark reduziert, ein Teil des heute MIV-genutzten Straßenraums für andere Verkehrsteilnehmer*innen reserviert und die Geschwindigkeit des motorisierten Individualverkehrs innerorts auf 30 km/h gesenkt wird. In Bonn ansässige Unternehmen müssen gefordert und gefördert werden, das betriebliche Mobilitätskonzept weg vom MIV hin zu Mobilitätsalternativen zu verändern und die Stadt damit im Pendelverkehr von der hohen PKW-Nutzung zu entlasten. Statt eines Ausbau der Stadtautobahn A565 und des Tausendfüßlers brauchen wir dort Fahrradschnellwege und eine Reduzierung des Verkehrsbelastung.

Kommunales post-koloniales Erinnerungskonzept

Bonn braucht ein post-koloniales Erinnerungs-Konzept (PEK) als langfristig angelegtes kommunales Projekt zur stetigen Auseinandersetzung der Stadt mit ihrer eigenen kolonialen Vergangenheit und deren post-kolonialen Nachwirkungen, die im 21. Jahrhundert andauern und sich verschiedentlich täglich äußern. Es gibt keine wie auch immer geartete Abkürzung zu einer restlos de-kolonialisierten Stadt Bonn, weswegen das PEK nur der Anfang auf einem noch langen Weg sein kann. Ein tragfähiges PEK der Stadt Bonn muss mit aktiver Einbindung von Diskriminierung und Rassismus betroffenen Personen und Gruppen erstellt und durch bezahlte Stellen begleitet und umgesetzt werden, anstatt durch Ehrenamt. Elemente des post-kolonialen Erinnerungskonzepts können ein Zentrum für anti-rassistische Politik in Bonn, ein Fördertopf für Anti-Rassismus-Projekte und Empowerment-Gruppen, eine*n kommunale*n Anti- Rassismus-Beauftragte*n und ein jährlich erscheinender Rassismus-Bericht der Stadt Bonn sein. Für umstrittene Artefakte in städtischen Museen, historische Standorte von Völkerschauen, Gräber von Kolonialverbrechern und nach ihnen benannte Straßen und Plätze, sowie Denkmäler mit rassistischen und kolonialen Ästhetiken und Inhalten muss ein angemessener Umgang gefunden werden.



Landwirtschaft und Ernährung

Bonn braucht ein nachhaltiges Ernährungssystem! Wir fordern deshalb die Etablierung eines Ernährungsrats zur partizipativen Entwicklung eines nachhaltigen Ernährungskonzepts für Bonn. Um diesen zu koordinieren und eine gute Kommunikation mit der Stadtverwaltung sicherzustellen sind eine von der Stadt finanzierte Stelle im Verein des Ernährungsrates sowie eine Schnittstellen-Stelle in der Stadtverwaltung notwendig. Um die Ziele der Biostadt Bonn weiterhin ambitioniert auszurichten fordern wir die Umwandlung aller kommunaler Obstbau- und Agrarflächen in 100 % Ökolandbau, auf denen im Sinne des Klimaschutzes und zur Anpassung an Dürreereignisse der Humusgehalt regelmäßig dokumentiert und Humusaufbau honoriert wird. Zur Förderung der Artenvielfalt müssen nach der Maxime „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ Grünflächen als Grünflächen möglichst erhalten bleiben und die Wegsäume sämtlicher Feldwege wieder mit 1,5 Meter Randstreifen hergestellt werden. Städtische Mensen, Betriebskantinen, Seniorenwohnheime sowie Kita- und Schulküchen sollten künftig zu mindestens 50 % mit regionalen und biologischen Lebensmitteln versorgt und Schulen mit Schulgärten ausgestattet werden.

Aufnahme und Versorgung Geflüchteter

Bonn ist Mitglied im Bündnis „Städte Sicherer Häfen“. Diesem Versprechen müssen endlich Taten folgen! Bonn muss sich durch konkrete Mitarbeit an den Bündnistreffen der verantwortlichen kommunalen Vertreter*innen engagieren und den Beschluss zur aus Seenot geretteter Menschen auf Personen in humanitären Krisensituationen an den europäischen Außengrenzen erweitern. Mit der ‚Bonner Erklärung zur Aufnahme von Geflüchteten‘ hat der neue Stadtrat schon in seiner ersten Sitzung die von der Zivilgesellschaft schon lange geforderte und noch vom alten Stadtrat abgelehnte Aufnahme von 200 Menschen aus Moria endlich beschlossen. Dies ist ein hoffnungsvolles Zeichen, für alle diejenigen, die sich in Bonn für die humanitäre Not von Menschen auf der Flucht einsetzen. Bereits in Bonn lebende und zukünftig ankommende Geflüchtete sind - gerade angesichts der Corona-Pandemie - dezentral unterzubringen.

Gesundheitsversorgung für alle Bonner*innen

Alle Menschen, die in Bonn leben, haben ein Recht auf uneingeschränkte Gesundheitsversorgung. Im August 2020 sprach sich der Ausschuss für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen in Bonn für den anonymen Krankenschein (AKS) aus. Er muss den barrierefreien Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Menschen in der Bonner Stadtgemeinschaft ohne



ausreichenden Krankenversicherungsschutz, z.B. auch obdachlose Menschen und EU-Bürger*innen ermöglichen. Medizinische Versorgung darf nicht durch den Leistungskatalog des Asylbewerberleistungsgesetzes limitiert sein, da dieser beispielsweise keine präventiven Leistungen oder die Behandlung chronischer Erkrankungen umfasst. Bonn sollte als Vorbild vorangehen und die Übermittlungspflicht nach § 87 Aufenthaltsgesetz - wie im Bildungsbereich schon geschehen - abschaffen und eine anonyme Versorgung gewährleisten!

Gefährdeten- und Suchtkrankenhilfe

Seit dem Verkauf kommunaler Wohnungen an die Sahle Wohnen GmbH haben alleinstehende Wohnungslose größte Schwierigkeiten, in angemessenem Wohnraum untergebracht zu werden und verbringen zu viel Zeit in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, auf der Straße schlafend oder bei ständig wechselnden Bekannten. Es ist daher dringend erforderlich, dass ausreichend öffentlich geförderter Wohnraum, insbesondere für Alleinstehende, geschaffen wird. Die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe erfassen von Jahr zu Jahr mehr Menschen, bei denen neben der Wohnungslosigkeit und Suchtmittelabhängigkeit auch große psychische Probleme zutage treten. Diese Personen brauchen passgenaue Hilfen in ihrer komplexen Lage. In Anlehnung an viele andere Städte muss in Bonn gerade wegen dieser seelisch bedingten Auffälligkeiten eine PsychAG gegründet werden, in der alle Interessenspartner*innen zusammenkommen und Unterstützungsstrukturen verbessern. Für auswärtige drogenkonsumierende Menschen, die sich sowieso jeden Tag in Bonn aufhalten, muss eine Zugangsberechtigung zum Drogenkonsumraum ermöglicht werden. Hierzu sind auch finanzielle Unterstützungen der Umlandkommunen nötig. Es bedarf zusätzlicher Jugend- Straßensozialarbeit, die sich an jugendliche und junge Suchtmittelkonsument*innen wendet, die sich auf der sogenannten offenen Drogenszene aufhalten und in eine manifeste Abhängigkeit abzurutschen drohen. Auch nach Inkrafttreten der nächsten Phase des Bundesteilhabegesetzes muss die psychosoziale Betreuung substituierter Drogenabhängiger kommunal und pauschal weiter finanziert werden.

Transparenz und digitale Teilhabe

Die Stadt muss endlich transparente Politik auf Höhe der Zeit betreiben. Stadtrats- und Gremiensitzungen sind grundsätzlich online zu übertragen und dauerhaft verfügbar zu machen. Alle nicht-personenbezogenen Daten und Dokumente der Verwaltung müssen proaktiv Verwaltung auf dem Open-Data-Portal der Stadt veröffentlicht werden. Im gesamten Stadtbereich sind offene, gebührenfreie Netze wie Freifunk und Open Internet Of Things zusammen mit der



Zivilgesellschaft weiter auszubauen. Die Stadt bevorzugt bei Ausschreibung künftig Open Source oder Free Software-Anwendungen und sorgt durch das Once Only-Prinzip für Datensparsamkeit, indem Bürger*innen und Unternehmen bestimmte Standardinformationen Behörden nur noch einmal mitteilen müssen. In der Verwaltung muss eine „User Experience“-Mentalität Einzug erhalten, die auf Nutzer*innenbedürfnisse bei Onlinediensten und Beteiligungsverfahren fokussiert.

Nachhaltige Beschaffung

Die Stadt Bonn darf nicht länger wissentlich Produkte kaufen, bei denen nicht sicher ist, ob Menschen-, Arbeits- oder Umweltrechte verletzt werden. Die Stadt Bonn hat in den letzten Jahren bereits erfolgreich mehrere Pilotprojekte umgesetzt, die Sozialkriterien beim Einkauf von Dienstbekleidung integrieren. Sie soll sich in einer übergeordneten Vergabestrategie zukünftig dazu verpflichten, diese Anstrengungen auf weitere Produktgruppen auszudehnen sowie systematisch in allen Beschaffungsvorgängen Kriterien der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit zu verankern.

Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit

Die Stadt Bonn soll ihren selbstformulierten Anspruch nach Geschlechtergerechtigkeit ernst nehmen und patriarchalen Strukturen entgegenwirken. Dies kann nur mit einem integrativen und intersektionalen Ansatz gelingen, der das Denken in Binaritäten überwindet und die spezifischen Lebenssituationen von armen, queeren, jungen und alten, Schwarzen und Frauen of Color in den Blick nimmt. Nicht Frauen sind das Problem, sondern patriarchale Strukturen. Die Gleichstellungsstelle benötigt eine explizite Ausrichtung an dieser Tatsache. Beratung von Frauen allein reicht nicht zum Ausgleich des gender pay gap, hier müssen Arbeitgeber*innen in die Verantwortung gezogen werden. In Punkto reproduktive Gesundheit reicht es nicht, auf die BZgA zu verweisen. Insbesondere muss sich die Gleichstellungsstelle aktiv für eine höhere Dichte an Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, einsetzen. Informationen zum Schwangerschaftsabbruch müssen unkompliziert zugänglich sein. Bonn muss endlich den Anforderungen der Istanbul Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt gerecht werden. Die finanzielle Förderung und die Raumkapazität der Bonner Frauenhäuser ist deutlich aufzustocken und die Frauen bei ihrer Wohnungssuche zu unterstützen. Psychosoziale und medizinische Beratungsangebote für Frauen sind bedarfsgerecht auszubauen und städtisch zu unterstützen, damit diese nicht länger auf Kölner Einrichtungen



verweisen müssen. Es ist ein Budget für gendersensible Bildungsarbeit und Begegnungsräume zu schaffen, bei dem Bonner Initiativen Gelder beantragen können. Bildungsorte und Frauenprojekte wie das Frauenmuseum und das darin beheimatete FemArchiv, Azade, Gülistan, TuBF und das Internationale Frauenzentrum sind zu entlasten und durch finanzielle Sicherheit zu stärken. Die Stadt soll Begegnungsräume, insbesondere für Migrantinnen und LBSTIQ*-Personen, aktiv ermöglichen und fördern. Die Schaffung von „Sicherheit im öffentlichen Raum“ ist nicht zu verwechseln mit Überwachung, rassistischen Polizeikontrollen und Verdrängung von Wohnungslosen, wie am Bonner Loch geschehen. Alle neuen Straßen sind nach FLINT-Personen oder geschichtlichen Meilensteinen der feministischen Bewegung zu benennen sowie zentrale Plätze und Straßen in der Bonner Innenstadt entsprechend umzuwidmen.

Öffentliche Toiletten

Sanitärversorgung ist ein Menschenrecht, Sanitäreinrichtungen stellen einen wichtigen Bestandteil inklusiver Städte dar. Sie erweitern (oder verkleinern) den Aktionsradius von Menschen, ermöglichen (oder begrenzen) die Teilnahme am Leben im öffentlichen Raum und haben Einfluss auf die Aufenthaltsqualität in der Stadt. Bonn benötigt ein ganzheitliches, partizipativ erarbeitetes Toilettenkonzept, welches unterschiedliche Bedürfnisse und Bedarfe berücksichtigt: komplexe Behinderungen, Menschen mit Kindern, menstruierende und schwangere Personen, Menschen mit Harnwegserkrankungen, ältere Menschen, sozio-ökonomische deprivilegierte Menschen u.v.m. Daher soll jegliche Sanitärinfrastruktur entgeltfrei zugänglich sein, dies ist derzeit beim 2019 errichteten City-WC am Remigiusplatz nicht der Fall.

In den letzten Jahren konnte die Zivilgesellschaft in Bonn wachsen und an Stärke gewinnen. Immer selbstbewusster fordert sie ein Recht auf Stadt ein und setzt dies in ihrer täglichen Arbeit praktisch um. Diese Erklärung entstand aus einer Vernetzung zahlreicher Initiativen und Organisationen. Sie ist ein Auftakt zu einer weiteren Zusammenarbeit innerhalb der Stadtgesellschaft und ebnet den Weg zu erweiterten Positionierungen. Jetzt und in Zukunft werden wir klarmachen: Die neue Stadtregierung hat die Möglichkeit, wegweisende Verbesserungen für alle Bewohner*innen Bonns umzusetzen, wenn sie auf die Bedürfnisse und Forderungen der Menschen in dieser Stadt hört. Die Zeit ist reif: Lasst uns gemeinsam eine neue Politik der Solidarität beginnen!

Unterzeichner*innen:



Mobilität für Menschen.



Deutscher Mieterbund
Bonn/Rhein-Sieg/Ahr e.V.



FEMNET



OK LAB BONN
RHEIN SIEG

SoLaWi

Solidarische Landwirtschaft
Bonn



Neue
Stadtgärtnerei

**Kritische
Studierende
Bonn**



Feminar



*Refugees
Welcome*
BONN e.V.



MediNetzBonn e.V.

